
Madrid:

Kollabiert die neoliberale Stadt?

STEFAN PADBERG

«Die südeuropäischen Staaten haben durch Misswirtschaft ihre Krise selbst zu verantworten.» So die herrschende Meinung auch zu Spanien. Ein genauerer Blick auf das Beispiel der Stadt Madrid zeigt, dass das, was wir Krise zu nennen gelernt haben, in der Politik der Stadt- und Regionalregierung seit langem angelegt war. Die Prinzipien des Neoliberalismus trafen im Herzen der spanischen Geographie und Ökonomie auf ein neokonservatives Umfeld, das die Stadtgesellschaft zielstrebig umgestaltete. Dies hinterließ vielfältige Verwerfungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Territorium, die allesamt in Richtung größer werdender Disparitäten tendierten. In der Selbstwahrnehmung der Stadt wurde dies jedoch lange durch den enormen Immobilienboom überdeckt. Nach dem Crash 2008 trafen dessen direkte Auswirkungen sowie die anschließenden, sozioökonomisch selektiven Austeritätspolitiken auf eine bereits weitgehend dualisierte Stadt, was ihre Folgen für die unterschiedlichen Sektoren der Stadtbevölkerung sehr ungleich spürbar machte.

Dieser Artikel behandelt im folgenden die Fragen: Wie stellt sich die sozioökonomische Lage im achten Jahr der Krise in Madrid dar? In welcher Weise wurden durch die Entwicklung Madrids zur neoliberalen, globalen und dualen Stadt die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Krise ab 2008 massive strukturelle Einbrüche nach sich zog? Welche Rolle spielten sektorspezifische Austeritätspolitiken für die Vertiefung ökonomischer Krisendynamiken und sozialer Spaltungen? Wer ist besonders betroffen? Welche Bedeutung hat der Immobilienzyklus für Boom und Crash der Hauptstadtökonomie? Und wie hängen der immense Immobilienzyklus und die Selbstwahrnehmung vieler Madrider als Mittelschichtsgesellschaft zusammen?

Einige Zahlen zur sozialen Lage in Spanien

Nach dem Lehman-Crash und der Schuldenkrise, die von den politischen und ökonomischen Akteuren durch Rettung der als systemrelevant bezeichneten Banken auf Staatskosten produziert wurde, legte Spaniens Ministerpräsident José-Luis Zapatero im Mai 2010 ein erstes «Sparprogramm» auf. Ich setze *Sparen* in Anführungszeichen, da es im Kontext der Austeritätspolitik tatsächlich ums Kürzen geht, in diesem Fall um 15 Milliarden Euro für das Jahr 2010. Damit sollte das Haushaltsdefizit verringert und die Überschuldung eingedämmt werden. Die Löhne im öffentlichen Dienst wurden um 5 % gekürzt, 13 000 Stellen in diesem Sektor gestrichen, das allgemeine Rentenalter angehoben. Schon geplante Investitionen wurden dafür annulliert. Zapatero bezeichnete diese Maßnahmen für 2010 als «singulär». Seine PSOE-Sozialdemokraten verloren 2011 die Wahlen auf nationaler Ebene und Nachfolger Mariano Rajoy von der konservativen Partido Popular (PP) legte ein weitergehendes Sparprogramm auf: Im Jahr 2012 sollte der Staats-

haushalt um 40 Mrd. Euro «entlastet» werden. Ein Jahr später stellte Rajoy weitere «Sparmaßnahmen» vor: 65 Milliarden Euro sollten bis 2015 mittels Kürzungen und Steuererhöhungen erwirtschaftet werden. Kern war die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Daneben wurden staatlichen Angestellten Weihnachtsgeld und Urlaubstage gestrichen. Einige Zahlen zur sozialen Lage im Umfeld und infolge dieser Austeritätspolitik verdeutlichen die Situation:

- In mindestens 500 000 spanischen Haushalten verfügt niemand über ein Einkommen. Allen gemeinsam stehen 426 Euro Sozialhilfe zu Verfügung, die hunderttausendfach zu spät ausbezahlt werden.
- Das Durchschnittseinkommen sank von 2008 bis 2011 um 11%. Die Einkommensungleichheit stieg gleichzeitig um die gleiche Prozentzahl.
- Auch 12% derjenigen, die Arbeit haben, leben in Armut.
- Nachdem in den 1990er und frühen 2000er Jahren ungefähr 7 Millionen Menschen nach Spanien einwanderten, ist nun Auswanderung wieder an der Tagesordnung. Dabei geht es meist um gut ausgebildete junge Menschen, die mehrheitlich Richtung England oder Deutschland ziehen. Ámparo González-Ferrer (2013) hat eine Untersuchung auf europäischer Ebene durchgeführt und die offiziellen Daten der spanischen Regierung widerlegt. Letztere spricht von 225 000 Ausgewanderten zwischen 2008 und 2012. González-Ferrer belegt, dass vielmehr von 700 000 auszugehen ist. 2013 waren spanische Emigranten etwa in Großbritannien zahlenmäßig nach den Polen die stärkste Gruppe.
- Die in Spanien verbliebenen jungen Erwachsenen unter 40 Jahren sind – regional sehr unterschiedlich – zu mehr als 50% arbeitslos.
- Mitte 2012 wurde in verschiedenen Blogs bereits von insgesamt fast 50 000 Zwangsräumungen berichtet. In diesem Zusammenhang kam es mehrfach zu Selbstmorden der Betroffenen, laut der «Plattform der von Hypotheken Betroffenen» wurden aber auch 1112 Zwangsräumungen durch Protest verhindert (Stand 25.4.2014). Anfang Februar 2015 berichtete die *Taz* von 200 Zwangsräumungen täglich.
- 6,4% der im spanischen Staat lebenden Menschen sind 2012 von Armut betroffen, doppelt so viel wie 2008. Sie müssen mit weniger als 307 Euro pro Monat auskommen (Caritas 2012).
- Die Rate der Kinderarmut liegt mit fast 27% an zweithöchster Stelle in der EU, nur in Rumänien ist die Rate höher.

Zum historischen Kontext

Spanien war nach dem Zweiten Weltkrieg nicht sehr lange durch die faschistische Diktatur (1939–1975) isoliert. Während dieser Zeit, konnte das Land mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Mitteleuropa nicht mithalten. Zusammen mit Portugal, Griechenland und Albanien wurde Spanien noch zu Beginn der 70er Jahre anhand aller gängigen Indikatoren in der Literatur als europäisches Entwicklungsland dargestellt. Wichtig für die spätere und in diesem Text beschriebene Entwicklung ist, dass die Diktatur schon ab den 50er Jahren auf einen Entwicklungsweg setzte, der sich auf den Ausbau des Tourismus und des damit eng verbundenen Bausektors stützte.

Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre markierten die Wahlsiege der Konserva-

tiven – Margaret Thatcher in England und Ronald Reagan in den USA –, dass eine neue Ära des wirtschafts- und entwicklungspolitischen Denkens angebrochen war: der *Neoliberalismus*. Seine Kernaussage lautet: Der Staat kann es nicht mehr, also muss es der Markt richten. Je ungehinderter dies geschieht, umso effizienter und besser (Fernández 1993). Folglich sind die Ausgaben des Staates möglichst weit zurückzufahren, da jede staatliche Ausgabe einen Eingriff in die *freien Kräfte des Marktes* bedeutet und diesen daran hindert, mit seiner *unsichtbaren Hand* (so bezeichnete diese Idee bereits Adam Smith 1776) die Dinge so zu gestalten, dass es für alle am besten ist.

Auch Wohnungsbaupolitik, soziale Leistungen und Krankenversicherung sind solche Eingriffe in das Marktgeschehen. Diese Beispiele mögen verdeutlichen, dass der Wunsch, die Lebensverhältnisse für alle im Notfall durch die Solidarität aller abzusichern, im neoliberalen Denken keine Rolle spielt, sondern vielmehr unbedingt zu vermeiden ist.

In den 80er und 90er Jahren eigneten sich immer weitere Kreise der westlichen Welt neoliberale Positionen an. Sie wurden zum *herrschenden Diskurs* und mussten folglich oft nicht mehr in Auseinandersetzungen gerechtfertigt werden. Auch die SPD und weite Teile der europäischen Sozialdemokratie, allen voran der Brite Tony Blair («New Labour»), verschrieben sich dieser Sicht der Dinge, was im Streit zwischen Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder kurz nach Beginn der rot-grünen Bundesregierung 1998 deutlich wurde. Sie drückt sich auch 2015 in den Aussagen von SPD-Politikern angesichts der griechischen Forderungen nach einem Ende der Politik der Kürzungen im sozialen Bereich und bei der Grundversorgung aus – was ursozialdemokratische Anliegen sind. Doch auch die SPD zieht es vor, lieber *Sparpolitik* zu fordern, an der unter allen Umständen festgehalten werden müsse, anstatt die *Kürzungen* für ärmere und zum Teil rechtlich und ökonomisch wehrlosere Bevölkerungsgruppen (z. B. Flüchtlinge und Langzeitarbeitslose) anzuprangern.

Erst die Weltwirtschaftskrise nach 2008 hat (nach fast 30 Jahren) deutliche Risse in den Mainstream des neoliberalen Dogmas gebracht. US-Präsident Obama konnte (gegen große Widerstände) eine gesetzliche Krankenversicherung in den USA einführen – andererseits setzt auch er auf einen nächsten Wachstumsschub durch noch mehr internationalen Freihandel (TTIP und ähnliche Abkommen), woran deutlich wird, dass das neoliberale Paradigma weiterhin wirksam ist.

Was ist *die* neoliberale Stadt?

Wie wirkt sich neoliberale Politik im städtischen Maßstab aus? In gewissem Sinn können besondere *äußere Rahmenbedingungen* und, als Reaktion darauf, eine *innere Restrukturierung* als prägend für die neoliberale Stadt angesehen werden.

Zunächst zum Blick *nach innen*: Wenn der möglichst freie Markt alle Belange des Lebens gemäß dem herrschenden Denken am besten regelt, so gilt dies konsequenterweise auch für alle städtischen Güter und Dienstleistungen. Folgerichtig müssen alle Formen städtischer Wohlfahrtspolitik zurückgefahren werden. Angebote im Bildungsbereich (Ausstattung von Schulen, Universitäten, Volkshochschulen, öffentliche Büchereien usw.) werden gestrichen oder stark gekürzt, die Gesundheitsversorgung zunehmend privatisiert und soziale Leistungen wie soziale Arbeit, Arbeitslosengeld, Wohngeld, Sozial-

hilfe usw. abgebaut. Wohnungsbau wird komplett dem Markt überlassen, vorhandene Wohnungen in städtischem Besitz werden privatisiert (Heeg 2013). Diese politischen Entscheidungen werden umrahmt und bestärkt durch gesetzliche Regelungen, die Entlassungen von Mitarbeitern erleichtern. Offizielles Ziel ist es, Arbeitslose schneller in Lohn und Brot zu bringen, da die *Einstellungshürden* für Arbeitgeber auf diese Art sinken würden.

Im neoliberalen Denken verbleibt mit diesen politischen Strategien mehr Geld «*bei den Bürgern*». Die Innovativen unter ihnen würden die Mittel in neue Ideen investieren, neue Produkte und Dienstleistungen anbieten. Auf diese Weise würden Arbeitsplätze geschaffen und unter dem Strich sei es für alle Beteiligten die beste Lösung. Die in diesem Zusammenhang John F. Kennedy zugeschriebene Aussage «Die Flut hebt alle Boote» meint, dass vom so erzeugten Wachstum alle profitieren. An diesem Bild wird klar, dass ein Fischerboot ein Fischerboot bleibt und eine Luxusjacht eine Luxusjacht. Anders gesagt: Sozialer Ausgleich ist nicht angestrebt. Vielmehr wird in diesem Diskurs *Leistung belohnt*. Dass vorhandene Unterschiede in der Ausstattung von Menschen mit Startkapital, Bildung und sozialen Kontakten eine erhebliche Bedeutung für den persönlichen Erfolg in diesem Modell haben, wird geflissentlich vor allem von jenen übersehen, die davon profitieren (Bourdieu 1982).

Zum *äußeren Rahmen* der neoliberalen Stadt: Der zweite Aspekt der neoliberalen Stadt resultiert aus den Veränderungen der Wirtschaftsstruktur seit der Krise des Fordismus. Industrielle Produktion, die einst die ökonomische Basis der Städte darstellte, ist im großen Umfang aus den Städten des globalen Nordens ausgezogen. Saskia Sassen hat in den 1990er Jahren den Begriff der *Globalen Stadt* geprägt (Sassen 1997). Damit beschreibt sie eine in der Folge entstandene, spezifische Dominanz und Konzentration des Dienstleistungssektors in großen Städten. Da die Verwaltung sowie die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der weltweit agierenden Unternehmen nach wie vor in den Städten des globalen Nordens residieren, werden von hier aus die Entscheidungen in diesen, *global player* genannten, Unternehmen getroffen. Dies geschieht durch gut ausgebildete und gut bezahlte leitende Angestellte der *global player*, die sogenannte *global class*. Dieser Sektor lässt weitere neue Arbeitsplätze im sogenannten *niederen Sektor personenbezogener Dienstleistungen entstehen*, der dieser *global class* zuarbeitet bzw. von dieser in Anspruch genommen wird – bspw. Restaurants, Catering, Reinigungs- und Sicherheitsfirmen, Geschäftsreisetourismus, Logistik. Die Angestellten in diesem Teil des Dienstleistungssektors der neoliberalen, globalen und dualen Stadt sind in aller Regel schlecht bezahlt und mit zeitlich befristeten Verträgen ausgestattet. Zugleich entstehen wissensbasierte, unternehmensbezogene Dienstleistungen, die nicht nur die *global player*, sondern auch die *global class* zusätzlich stabilisieren: Finanz- und juristische Beratung, Marketing, Forschung und Entwicklung, Computerdienstleister, Dateneingabe usw. (vgl. Observatorio Metropolitano 2007: 678, 679, 690, 691).

Weltweit *konkurrieren* Städte um die Gunst der *global class*, da diese durch ihren lokalen Konsum in der jeweils eigenen Stadt Einkommen generiert. In diesem Zusammenhang sind die diversen Städterankings zu verstehen sowie auch die Anstrengungen der Städte, «sich schön zu machen», was sich etwa in Museumsmeilen, Festivals, Stadtmarathons (und anderen Sportereignissen) sowie Bewerbungen für internationale Großver-

anstaltungen ausdrückt (Europäische Kulturhauptstadt, Fußballwelt- und Europameisterschaften, Olympische Spiele, Weltausstellungen, usw.).

Madrids innere Restrukturierung

Warum und wie wurde Madrid neoliberal «reformiert» und welche Folgen hatte dies in Boomzeiten und anschließend unter dem politischen Austeritätsskurs?

Der Globalisierungskritiker Ramón Fernández Durán stellte bereits 1993 die Frage, ob es treffender sei, davon zu reden, dass die Europäische Union Spanien «eingetreten» habe, oder dass Spanien der EG (heute EU) 1986 beigetreten sei. Vor dem Hintergrund einer damals kurzen Geschichte der parlamentarischen Demokratie seit dem Tod des Diktators Franco 1975, gefolgt von Stillhalteabkommen mit den Militärs und einem Putsch im Jahr 1981, wurde der Beitritt gesellschaftlich als großer Fortschritt und als Aufnahme Spaniens in den Kreis westlicher Demokratien gedeutet. Wirtschaftlich aber waren die positiven Effekte durchaus fraglich, da das Hauptexportprodukt, der Tourismus, kaum vom Wegfall von Zollgrenzen profitierte. Die wenige noch vorhandene, bislang durch Zölle und andere nationale Regelungen geschützte Industrie war mit dem Beitritt in die EG der europäischen (meist produktiveren) vollends Konkurrenz unterlegen, was eine weitere Welle der Deindustrialisierung bedeutete. Die Zustimmung der beiden großen politischen Strömungen in Spanien zu dieser Entwicklung zog zwei Hauptkonsequenzen nach sich:

1. Die erneute Konzentration der Entwicklungsstrategie auf die Sektoren Tourismus und Bauwirtschaft, die letztlich die Basis für den Immobilienboom und -crash legten; sowie
2. die weitgehend vorbehaltlose Akzeptanz neoliberalen Konkurrenzdenkens um die besten Standorte für die globale Dienstleistungswirtschaft, das heißt die *global player*. Kühne Träumer erdachten sich in diesem Zusammenhang Spaniens Städte als eine Art Silicon Valley (Sunbelt) Europas.

Das Konzept der «Dualen Stadt» sieht Städte im globalen Norden allgemein im Zuge der Entwicklung zu einer postindustriellen Gesellschaft zunehmend geteilt (Krätke 1990). Zu dieser Teilung tragen vor allem die Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur bei. Mit dem massiven Wegfall von Arbeitsplätzen im verarbeitenden Sektor werden gleichzeitig sehr viele Arbeitsplätze mit mittlerem Ausbildungsgrad und mittleren Einkommen abgebaut. Diese («alte») Mittelschicht, die in Madrid ohnehin vergleichsweise gering ausgeprägt war, wird insgesamt kleiner, die Oberschicht und die Unterschicht wachsen in der Dualen Stadt rapide an. Das Schrumpfen der Mittelschicht ist für das Konzept der dualen Stadt von hoher Bedeutung. Durch die Polarisierung «arm»→«reich» ohne vermittelnde Mittelschicht wird die soziale Mobilität erheblich eingeschränkt, die Strukturen verfestigen sich. Luxus und Elend sind zunehmend in enger räumlicher Nachbarschaft in den Städten zu beobachten. Die Regulationsweise (Fellner und Gestring 1990) des Staates besteht nach der Krise des Fordismus nicht mehr in Wohlfahrtsprogrammen. Vielmehr wird in die Firmen der Wachstumsbranchen investiert. Hinter dieser Politik steckt die Idee des «Trickle-down»: Wenn maximaler Reichtum insgesamt geschaffen wird, wird etwas an die einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen durchsickern.

Vor diesem Hintergrund und mit diesen Denkweisen ausgestattet, sahen die konservativen Regierenden von Stadt und Land Madrid die Stadt seit den 1990er Jahren ausschließlich als *Ort des Marktes*. Folglich wurde Madrid auf den internationalen Wettbewerb um die *global class* ausgerichtet. Kostenminimierung und betriebswirtschaftliche Gewinnmaximierung bestimmten die sozialen, politischen, städtebaulichen und umweltpolitischen Maßnahmen – und Unterlassungen (Rodríguez et al. 2013: 139). Neue Gewinne in bzw. mit der Stadt zu ermöglichen, war das große Ziel. Traditionelle Aufgaben der öffentlichen Wohlfahrt wie Bildung und Gesundheit wurden als vermeintliches Hemmnis für die Effektivität des Marktes möglichst gekürzt und/oder privatisiert. Die Stadt wurde vor allem zu einem Ort, der Investitionen und die *global class* – die Beschäftigten im Sektor der *gehobenen Dienstleistungen* – sowie Touristen anziehen soll. Das funktioniert, neoliberal gedacht, dann am besten, wenn Madrid die eigenen Vorteile auf dem globalen Markt möglichst effizient darstellt. Konsequenz ist bspw. die oben schon erwähnte *Festivalisierung* der Stadtpolitik: Madrid war Europäische Kulturhauptstadt, hat sich wiederholt um die Austragung der Olympischen Spiele beworben (und dafür aufwändige Stadtkosmetik betrieben), beherbergte den katholischen Weltjugendtag usw.

Carmona, García Dorado und Sánchez Moya (2012) haben die *Neokonservative Revolte* der spanischen Rechten ausführlich beschrieben. Um das Ausmaß der Folgen der Kürzungspolitik seit dem Crash 2008 zu verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, dass die neoliberalen Konzepte in Madrid von neokonservativer Ideologie umrahmt waren und nicht etwa in ihrer sozialdemokratischen Variante ausbuchstabiert wurden. Die Partido Popular de Madrid (PP) beschreiben Carmona et al. (2012: 151) ideologisch als harten Neokonservatismus. Dennoch hat es die PP madrileña geschafft, sich in den Boomjahren mit einer Politik durchzusetzen, die offensichtlich nur den bestgestellten Teilen der Bevölkerung Vorteile verschaffte. Carmona u. a. betonen die Bedeutung der Rhetorik der ehemaligen Präsidentin des Landes Madrid, Esperanza Aguirre, für die Akzeptanz dieser Politik durch diejenigen, die von ihr objektiv benachteiligt wurden. So hob Aguirre in öffentlichen Auftritten immer wieder hervor, dass *die* Madrileñas und Madrileños enorm vom dem profitierten, was sie und die PP gerade eröffnet oder angekündigt hätten (Carmona et al. 2012, 158). Tatsächlich verstärkten sich vorhandene sozioökonomische Ungleichheiten bereits vor der akuten Krise ab 2008 durch die neoliberale Politik der Stadtregierung deutlich: Madrid zeigte schon vor dem Crash die höchsten Einkommens- und Vermögensunterschiede im spanischen Vergleich, gleichzeitig das geringste Budget im Gesundheitsbereich im Verhältnis zum BIP pro Kopf, die niedrigsten Ausgaben für den Bildungsbereich pro Einwohner sowie die höchste Rate an Schulabbrüchen.

Doch all das war nie Thema bei der Madrider PP (Carmona et al. 2012: 259, 260). Das ist nur im Kontext des starken Wirtschaftswachstums im Zuge des Immobilienzyklus der 1990er und 2000er Jahre zu verstehen. Dieser brachte es mit sich, dass trotz der zunehmenden Ungleichheit für sehr viele eine Zunahme des *individuellen* Reichtums möglich wurde, ebenso eine gewisse Teilhabe an neu entstehenden sozialstaatlichen Einrichtungen wie etwa Bildungseinrichtungen, einer wachsenden Kulturlandschaft und einem besser ausgebauten Gesundheitsbereich – wie gesagt, bei wachsender Ungleichheit und einem im spanischen Vergleich bescheidenen Ausbau dieser Bereiche. Vor allem aber wirkten sich die entstehenden Arbeitsplätze und Einkommen, so prekär sie bei genauem Hin-

schauen auch sein mochten, positiv auf die Akzeptanz des Neoliberalismus und Konservatismus aus. Andererseits trug der herrschende neokonservative und neoliberale Angst- und Individualisierungsdiskurs entscheidend dazu bei, dieser Politik eine Basis zu verschaffen. De facto bedeutete die neokonservative und neoliberale Politik der Madrider PP eine *Umverteilung* von unten nach oben samt ideologischer Rechtfertigung. Diese Umverteilung wurde auf verschiedenen Wegen betrieben:

- Verschiedene *steuerliche Maßnahmen* begünstigten ausschließlich wohlhabende Sektoren.

- *Öffentliche Dienstleistungen*, auf die vor allem die einkommensschwächere Bevölkerung angewiesen ist, wurden verteuert, so z. B. die Metro (Carmona et al. 2012: 161).

- Die spanische Regierung unter Aznar schuf 1998 mit dem *Ley de todo urbanisable*, das wir auf deutsch das Überall-Bauen-Gesetz nennen können, die Grundlage dafür, dass die Madrider Stadtregierung *umfangreiche Investitionen in große Infrastruktur- und Wohnbauprojekte* tätigen konnte. Die Gewinne flossen nachweislich in die Kassen der ohnehin bereits wohlhabenden Sektoren der Madrider Gesellschaft.

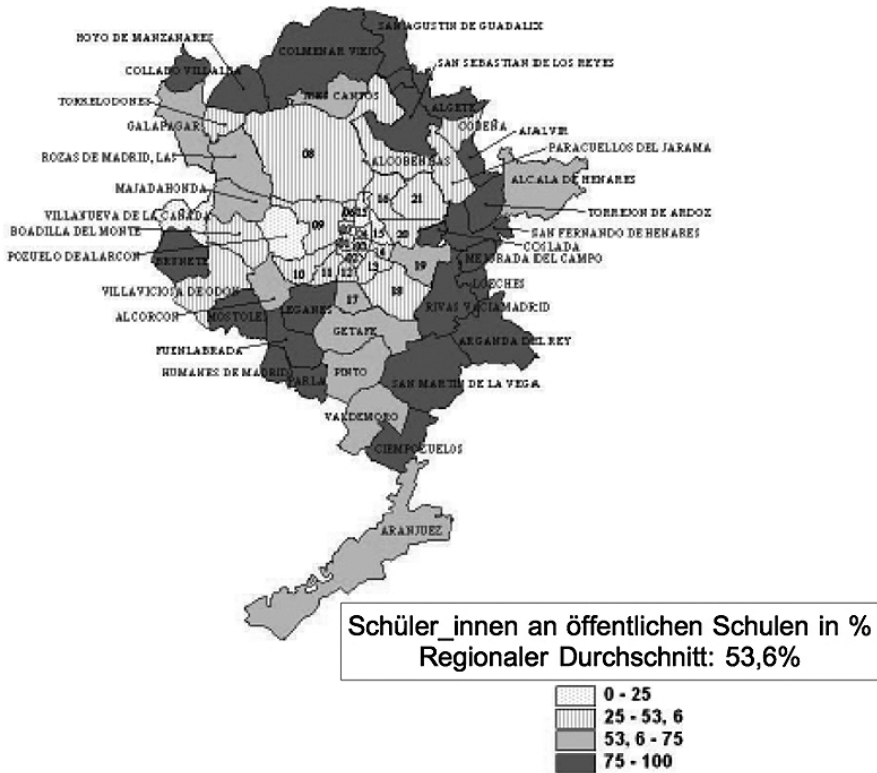
- Wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen wurden gezielt immer weiter privatisiert.

Im *Bildungsbereich*, der auch in Spanien weitgehend der Länderhoheit untersteht, war letzteres auf fast allen Ebenen zu beobachten. In den ersten Jahren der konservativen Stadtregierung wuchs der Bildungsetat insgesamt um 30%, während die Unterstützung der privaten Schulen um 60% zunahm (Carmona et al. 2012: 164).

Private (sehr oft katholische) *Kindergärten* wurden zunehmend gefördert: 2012 besuchten lediglich noch 32% der unter Dreijährigen öffentliche Kindergärten. Je Platz förderte das Land Madrid sie mit 179 Euro monatlich, die Plätze in privaten Einrichtungen aber mit 380 Euro (Carmona et al. 2012: 163). Im gleichen Zeitraum blieben 30000 Kinder ohne Kindergartenplatz.

Private *Schulen* wurden durch die Bereitstellung von Gebäuden und Flächen gefördert. Mittlerweile beträgt der Anteil an öffentlichen Schulen in Madrid noch 52% und konzentriert sich in den einkommensschwächeren Stadtteilen (Carmona et al. 2012: 163). Dies hat eindeutig diskriminierenden Charakter, da in ärmeren Stadtteilen bis zu 60% der Kinder öffentliche Schulen besuchen, in reicheren Quartieren hingegen bis zu 85% Privatschulen (Abb.1). Die lokalen PISA-Daten verdeutlichen diese weitere Benachteiligung der ohnehin schon Benachteiligten (Rodríguez et al. 2013: 150): Die Ausgaben pro Schüler lagen in Madrid um 70% niedriger als z. B. in der Region Euskadi (Baskenland) und um 30% niedriger als im spanischen Durchschnitt (Carmona et al. 2012, 164). In der Krise wurde in diesem Bereich weiter gekürzt. Das Ergebnis ist, dass öffentliche Schulen mit immer weniger Ressourcen in ohnehin benachteiligten Stadtteilen Bildungsarbeit zu leisten haben. Da hier auch die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge und Migranten lebt, hat die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz die diskriminierende Wirkung dieser Schulpolitik gerügt (Carmona et al. 2012: 165).

Abb. 1: Anteil der Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen in den Distrikten der Metropolitan Region Madrid 2009



Auch der *Hochschulbereich* wurde konsequent privatisiert. Der Ausbau des Hochschulwesens in den Boomjahren erfolgte durch die Gründung von fünf neuen privaten Universitäten in Madrid, die, ähnlich wie im Schulbereich, vielfach ultrakatholischen Organisationen nahe stehen. Nach dem Crash beschloss die Aguirre-Regierung 2008 unter anderem die Gehälter der Angestellten öffentlicher Hochschulen um 30% zu kürzen (Carmona et al. 2012: 172). Die implizite Botschaft an die öffentlichen Hochschulen war klar: Sucht euch andere Finanzierungen, z. B. durch Studierende oder Unternehmen.

Somit hat sich die regionale *Bildungspolitik* in Madrid immer klarer entlang der folgenden drei Linien definiert: *erstens* Segregation anhand der sozialen Stellung; *zweitens* gute Geschäfte für bestimmte Sektoren; und *drittens* Reproduktion der konservativsten Teile der Stadtgesellschaft. In diesem Bereich zeigt sich die konservative Ausrichtung der spanischen und besonders der Madrider Neokonservativen besonders deutlich (Carmona et al. 2012).

Am «Plan de Infraestructuras Sanitarias 2004» zeigt sich Umverteilung von unten nach oben im Bereich der öffentlichen *Gesundheitsversorgung*. Sieben neue Krankenhäuser wurden in Public-Private-Partnership errichtet. Die Häuser wurden privatwirtschaftlich

erbaut und anschließend vom Land Madrid betrieben. Die Einnahmen durch die Bautätigkeit flossen den großen Baufirmen der Region zu, die allesamt der Madrider PP nahe stehen. Im Zuge der Baumaßnahmen waren einige Beteiligte in Korruptionsverfahren verwickelt. Die Regierung Aguirre sprach ganz offen davon, dass der Gesundheitsbereich zu einem großen Geschäft geworden sei (Carmona et al. 2012: 179). Bei Nachforschungen stellte sich heraus, dass das Baumodell der Public-Private-Partnership das Land Madrid am Ende sechs- bis siebenmal teurer kam, als wenn es die Häuser mit öffentlichen Mitteln errichtet hätte (ebd.: 183).

Neben dem Geldfluss an die Großunternehmen kam es nachweislich zu einer *Verschlechterung* der Versorgung im Gesundheitsbereich: 2010 gab das Land Madrid pro Einwohner 20% weniger aus als im staatlichen Durchschnitt, und die Wartezeiten und Wartelisten für Operationen wurden länger. Dies hat zu schlechteren Leistungen für die Patienten und zu schlechteren Arbeitsbedingungen für die Angestellten geführt (Rodríguez et al. 2013: 145) – sowie zu kontinuierlichen Einnahmen für Großunternehmen, die der PP nahestehen. Diese Einnahmequellen haben sich mit der Zeit verstetigt, da nun 47% der Madrider Krankenhausbetten in Privatkliniken stehen oder privatwirtschaftlich geleitet werden.

Es liegt auf der Hand, dass die von der Politik geschaffenen Disparitäten in den verschiedenen Bereichen der (ehemals) staatlichen Daseinsvorsorge in Krisenzeiten die Symptome der Krise verschärften.

Sehr wichtig ist der *ideologische und diskursive Rahmen*, den die Madrider Neokonservativen um ihre Politik weben konnten. Ohne ihn wäre es unmöglich gewesen, diese Maßnahmen, die so offensichtlich die Mehrheit der Bevölkerung benachteiligen, so weitgehend widerstandslos umzusetzen: Die «Spanish neocons» argumentieren fast immer mit einem Opfer-und-Aggressor-Diskurs. Die «Opfer» sind in diesem Diskurs Opfer des Terrorismus, oder der Abtreibung, der Political Correctness, der «Genderideologie», der Sozialdemokraten («Progres»), des Chaos an den staatlichen Schulen, der Trägheit der Gewerkschaften, der staatlichen Rentenversicherung oder solcher, die «Illegale» legalisiert wissen wollen usw. Damit sind auch gleich diejenigen benannt, die die einfachen Bürger angreifen wollen, während die PP sie mit ihrer neoliberalen und neokonservativen Politik schützen will. Nur vor diesem Hintergrund lässt sich der erst durch die Wahlen vom 24. 5. 2015 gebremste Erfolg der spanischen und Madrider Neokonservativen zusammenfassend erklären. Nur auf Basis der Angst als Mittel ideologischer Propaganda haben sich weite Teile der sich als Mittelklasse begreifenden Bevölkerung freiwillig mit hohen Hypotheken belastet, haben schlechteste Arbeitsbedingungen in Kauf genommen und sich in private Versicherungen und Rentenverträge verrannt.*

Zusammengefasst ist die Entwicklung der neoliberalen und neokonservativen Madrider Stadtpolitik in den letzten 24 Jahren ihrer Machtausübung im Rathaus wie folgt zu beschreiben: erst Umverteilung und Enteignung in Wachstumszeiten, dann Austerität in Krisenzeiten mit mehr Umverteilung denn je – Naomi Klein hat dies an verschiedenen Beispielen als Schock-Strategie beschrieben (Klein 2007).

Unter dem Strich wurden die städtischen Haushalte Madrids auf diese Weise in wenigen Jahren zu einer Stütze des privaten Sektors. Die öffentliche Hand in Madrid ist hauptsächlich dazu da, das *Funktionieren* der Privatwirtschaft zu unterstützen.

Trotz aller Kürzungen sind Land und Stadt Madrid stark verschuldet. Dies resultiert aus der Höhe der wirtschaftsfreundlichen Investitionen – allein in die Teileintunnelung der Stadtautobahn M30 wurden 6 Milliarden Euro investiert. Davon profitierten die sechs großen Baufirmen des Landes, alle mit Sitz in Madrid (Observatorio 2013).

Madrid global, Madrid dual

Neben der inneren Restrukturierung der Madrider Ökonomie und Gesellschaft sind die *äußeren Entwicklungen* bzw. deren Deutung für Stadtpolitik von Bedeutung, um den Zustand vor der Krise und auf dieser Basis die Wirkung der Austeritätspolitik für die Stadtgesellschaft zu verstehen. (Haupt-)Städten wird im Rahmen dessen, was wir Globalisierung zu nennen gelernt haben, eine je nach Stellung besondere Funktion zugeschrieben.

Die in der Tat *globale Ausrichtung* der neueren Sektoren der Madrider Ökonomie zeigt sich zum einen in der Stellung der Madrider Unternehmen im Verhältnis zu deren spanischen Niederlassungen, zum anderen – besonders hinsichtlich ihrer Kommandofunktion – bei global agierenden Unternehmensteilen.

Teile der Stadt konnten sich als Kommandozentrale der spanischen Wirtschaft etablieren: Von den 35 Firmen des spanischen Börsenindex IBEX haben 25 ihren Sitz in Madrid. Diese beschäftigen weltweit 1,2 Millionen Menschen, die Hälfte davon außerhalb Spaniens. Der Umsatz dieser 25 Unternehmen entspricht 30% des spanischen Bruttoinlandsprodukts. In Abhängigkeit von diesen Unternehmen sind die unternehmensbezogenen Dienstleistungen in der Region in den Jahren 2000–2010 um 60% gewachsen. Sie machten mit 600 000 Beschäftigten im Jahr 2010 den größten Sektor des Madrider Arbeitsmarktes aus, das sind 20% aller Arbeitsplätze vor Ort. Madrid ist nach London, Paris, Frankfurt und Mailand der fünfthöchste Börsenplatz Europas. Im Madrider Finanzzentrum entlang der Avenida de la Castellana wurde der Boom und wird der Crash finanziell abgewickelt. Die Finanzbranche beschäftigt in Madrid rund 100 000 Menschen (alle Zahlen nach Rodríguez et. al. 2013: 130), das sind 30% aller in diesem Sektors in Spanien Beschäftigten. Die Position Madrids als Entscheidungszentrum ist auch deutlich ablesbar an der Bedeutung der Geschäftsreisen. In diesem Zusammenhang ist auch die Erweiterung des Flughafens Madrid-Barajas zu sehen. Die Erweiterung ist nur zum Teil auf den Tourismus zurückzuführen, Madrid ist keiner der großen touristischen Hotspots. Der Flughafen weist direkt 50 000 Arbeitsplätze aus, von denen noch einmal etwa 150 000 Jobs abhängen. 15% des regionalen BIPs erwirtschaftet der Flughafen (Rodríguez et. al. 2013: 130). Barajas war 2010 mit 50 Millionen Passagieren der viertgrößte Flughafen Europas (London, Heathrow: 66 Millionen; Paris, Charles de Gaulle: 58 Millionen; Frankfurt a. M.: 53 Millionen). Mehr als die Hälfte aller Importe kommt als Luftfracht über Barajas nach Spanien.

Auch die Entwicklung des Hotelsektors in Madrid ist ein eindrücklicher Indikator für die lokalwirtschaftliche Bedeutung von Geschäftsreisen. Sie blieb von der Krise relativ unbeeindruckt. In den letzten 15 Jahren verdoppelte sich die Hotelkapazität in Madrid, der Umsatz verdreifachte sich. 2010 gab es 195 Vier- und Fünf-Sterne-Hotels, 57 mehr als 2005. In den Hotels arbeiten 170 000 Menschen, das entspricht 6% der Beschäftigten

der Region. 2010 setzten die Madrider Hotels 170 Mrd. Euro um, 9% des regionalen BIP (alle Daten: Rodríguez et. al. 2013: 131).

Zusammengenommen zeigen diese Daten eine deutliche Entwicklung hin zur Dualen Stadt. Damit ist die oben angesprochene Zweiteilung der neuen sozialräumlichen Verhältnisse gemeint, die sich in Madrid als Gegensatz zwischen den mehr oder weniger leitenden, gut ausgebildeten Angestellten und den Lohnabhängigen in prekären Arbeitsverhältnissen im Dienstleistungssektor äußert. Besonders anschaulich zeigt sich dieser Zusammenhang an den Gästen und Bediensteten der von den Geschäftsreisenden lebenden Hotels.

Diese beiden Sektoren des Arbeitsmarkts, die Kommandowirtschaft der global player und die davon abhängigen Dienstleistungen hatten in den Jahren des Immobilienbooms (1998–2007) die größten Zuwächse an Arbeitsplätzen jenseits der Baubranche. Dennoch nahm sich die Madrider Bevölkerung zunehmend als mittelschichtdominiert wahr. Wie kam es dazu?

Verzerrte Selbstwahrnehmung

Der Begriff «Mittelschicht» ist stark geprägt von Beschreibungen der fordistisch/keynesianisch geprägten USA der 1920er Jahre, die mit dem Europa der Zeit 1945–1973 verglichen werden können. Inhaltlich bedeutet Zugehörigkeit zur Mittelschicht in diesem Sinne feste Beschäftigungsverhältnisse mit Einkommen, die Teilhabe an der Konsumgesellschaft ermöglichen, und eine wohlfahrtsstaatliche Absicherung in den Bereichen soziale Sicherung, Bildung und Gesundheit.

Im Nachbürgerkriegs-Madrid der 1940er und 50er Jahren lebten noch 20% der Bevölkerung in Slums (Chabolas). Erst in den 60er und 70er Jahren glichen sich die sozialen und baulichen Strukturen allmählich Westeuropa an. Mitte der 70er Jahre hatte Madrid 40% seiner Arbeitsplätze in der Industrie. Diese Beschäftigungsverhältnisse waren infolge gewerkschaftlicher Kämpfe sicherer geworden. 15% der Beschäftigten arbeiteten daneben im öffentlichen Dienst. Eine Art Mittelschicht war entstanden – allerdings weitgehend ohne den sie abstützenden Sozialstaat mitteleuropäischer Art. Die Krise der späten 70er und 80er Jahre brachte bis zu 20% Arbeitslosigkeit, eine deutliche De-Industrialisierung und große soziale Verwüstungen, vor allem in den Arbeitervorstädten im Südosten, in denen sich Prekarität, Drogenkonsum und soziale Exklusion ausbreiteten. Doch das *Zukunfts-Versprechen einer möglichen Zugehörigkeit zur Mittelschichtsgesellschaft* war wegen der Aussicht auf den Beitritt zur EG und das Anwachsen des öffentlichen Sektors nicht völlig zerstört. Dieser Illusion widersprach jedoch die tatsächliche sozioökonomische Entwicklung: Die Arbeitslosigkeit lag 1976 bei 4,7%, 1985 bei 21,1% und 1995 immer noch bei 20,3% (Rodríguez et. al 2013: 156).

Vor diesem Hintergrund beschloss die Regierung der sozialdemokratischen PSOE unter Felipe González Ende der 80er Jahre neoliberale Arbeitsmarktreformen. Dies führte zu einem sehr hohen Anteil an sogenannten *atypischen Beschäftigungsverhältnissen*, was zumeist zeitliche Befristung bedeutet. Schon Mitte der 90er Jahre machten diese prekären Arbeitsverträge 30% aller Arbeitsverhältnisse aus, in der Altersgruppe der Beschäftigten unter 25 Jahren lag der Anteil doppelt so hoch. Die Reallöhne stagnierten in den 90er und

2000er Jahren. Im gleichen Zeitraum schrumpften die ohnehin schwach entwickelten, klassischen, mittelschicht-typischen Beschäftigungsbereiche: Der Anteil der Industriearbeitsplätze sank von 13 % auf 8,5 % und jener der öffentlichen Angestellten von 10 % auf 8 %. Beide Bereiche stehen für geregelte Arbeitsverhältnisse; diese wiederum gelten als Indikator für die Zugehörigkeit zur Mittelschicht. Die Mittelschicht im oben definiert Sinn nahm in Madrid schon kurz nach ihrer bescheidenen Etablierung wieder ab. Denn die eine Million neuer Arbeitsplätze, die Madrid in den Boom-Jahren 1995–2007 zu verzeichnen hatte, entstand in den beiden Sektoren des Globalen Madrid (siehe oben), die kaum abgesicherte Arbeitsverhältnisse generierten.

80 % der spanischen und erst recht der Madrider Bevölkerung zählten sich dennoch am Vorabend des Crash 2008 zur Mittelschicht (López et al. 2010: 469, 200, 240, 353 und 422, sowie Antón 2008 und Foessa 2008). Diese Selbstzuordnung ist offensichtlich trügerisch. Die Daten belegen sowohl das Ausmaß des Booms im Globalen Madrid als auch die damit einhergehende Verletzlichkeit der Stadt: Weder die neuen Jobs der *global class* noch jene der sie bedienenden Dienstleistungsklasse weisen eine ausreichende soziale Absicherung auf. Wieso also war die Selbstwahrnehmung vieler Einwohner Madrids trotz dieser Erosionserscheinungen weiterhin die einer mittelschichtdominierten Stadt – zumindest bis zum Crash 2008?

Die Erklärung dafür liefert der *Finanz-Immobilienzyklus bzw. dessen sozioökonomischer Kontext*: Infolge der Politik der Franco-Diktatur ist der Anteil an Mietwohnungen in Spanien marginal. Franco wollte einerseits über (Haus-)Besitz den Konservatismus stärken, andererseits in der Bauindustrie lokale Arbeitsplätze schaffen. Auch González (1982–1996) und Aznar (1996–2004) haben auf dieses Entwicklungskonzept zurückgegriffen. Es ging einher mit massiver Korruption im Bausektor und mit umfangreichen Zerstörungen von Natur- und Kulturlandschaft durch gesichtslose Neubauten im Stile der US-amerikanischen autodominierten Stadt mit all ihren weitreichenden sozialen Verwerfungen und ökologischen Zerstörungen (Fernández 2009, Segura 2014).

Verstärkt durch den leichten Zugang zu Hypothekenkrediten nach der Einführung des Euro kam es dazu, dass mittlerweile mehr als 80 % der Madrider Haushalte mindestens eine Eigentumswohnung besitzen. Von 1998 bis 2008 wuchs der Wert dieser Immobilien um mehr als 200 %, ihre Zahl erhöhte sich um den Faktor 3,7. Nirgendwo sonst auf dem Planeten ließen sich in dieser Zeit so hohe, scheinbar sichere Renditen erzielen wie im Bausektor Spaniens. Das lockte viele große internationale Investoren an, z. B. die Deutsche Bank und den kalifornischen Rentenfonds. Der solchermaßen von innen und außen angeheizte Boom, die Immobilienblase, hatte Auswirkungen auf praktisch alle sozialen Schichten. Für die Besitzenden bedeutete er einen kontinuierlichen Zuwachs an Reichtum. Aber auch für die Nichtbesitzenden wurde der Erwerb einer (oder mehrerer) Immobilien über Hypothekenkredite möglich. Sie finanzierten sich durch die anhaltende Wertsteigerung der erworbenen Immobilie quasi von selbst. Banken vergaben gerne Kredite, denn sie hatten umfangreiche Gelder zu verwalten und verließen sich bei den Sicherheiten ebenfalls auf die weitere Wertsteigerung der Immobilien. Auch Konsumkredite konnten mit diesen *neuen Sicherheiten* leicht aufgenommen werden. Der Privatkonsum nahm spektakulär zu, obwohl die Löhne *stagnierten* und immer mehr Arbeitsverhältnisse prekär waren.

Dem herrschenden Diskurs in diesen Boomjahren zufolge war es als töricht, *keine* Kredite aufzunehmen, um sie in Immobilien zu investieren. In einem Land, das erst seit den 1980er Jahren eine gesetzliche Rentenversicherung kennt und in dem daher Immobilienbesitz seit Generationen als Sicherheit gilt, konnte dieser Diskurs besonders wirksam werden, zumal vor dem Hintergrund des erwähnten neokonservativen Leitbildes. Gesetze wie das *Ley de todo urbanisable* erleichterte das Ausweisen von Bauland, was die Kommune Madrid und ihre Nachbarinnen in der Region ausgiebig nutzten.

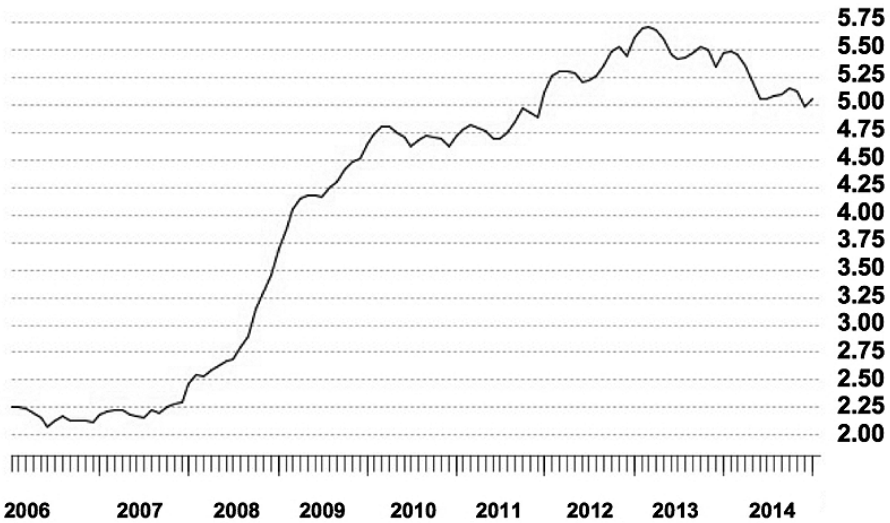
Spanien entwickelte sich zum «Musterland» der EU: Lange vor der deutschen «Schwarzen Null» konnte der spanische Staat die öffentlichen Haushalte *sanieren*. Das Land galt bis zur Krise als Paradebeispiel neoliberalen Handelns, mit hohen Wachstumsraten und Renditen für investiertes Kapital sowie sinkenden Staatsausgaben (Rodríguez et al. 2013: 152). Die logische Folge war der Zustrom von Investitionen aus dem Ausland, sie trieben die Finanz- und Immobilienwirtschaft in Spanien zusätzlich an.

Doch der scheinbar zunehmende *Reichtum* breiter Bevölkerungsschichten bestand aus nichts anderem als einer rasanten Steigerung des *Tauscherts* (Heeg 2013: 5) ihrer Häuser, die der kapitalistische Immobilienmarkt ihnen zuschrieb. Dieser Tauschwert wurde zur Aufnahme von Konsumkrediten genutzt, die einen Lebensstil ermöglichten, der der Selbstwahrnehmung als Mittelschicht im europäischen Kontext entsprach. Finanziell abgesichert war diese Lebensweise nie, wie das absehbare Platzen der Immobilienblase (Fernández 2009) und die mangelnde Absicherung auf dem Arbeitsmarkt zeigen.

Die Spirale aus Investieren und Bauen drehte sich so lange, bis allmählich die Erkenntnis um sich griff, dass für Neubauten in diesem Ausmaß nie die nötige Nachfrage vorhanden sein würde – damit begann der Wert der Immobilien zu stagnieren. Der Zusammenbruch des Kreditgeschäfts im globalen Bankencrash 2008 brachte das Kartenhaus dann zum Einsturz. Als die Wertzuwächse der Immobilien sanken und die Immobilienpreise schließlich fielen, konnten sich die privaten Haushalte nicht weiter verschulden und die aufgenommenen Schulden nicht weiter bedienen. Die Nachfrage brach ein, die Blase war geplatzt, der Boom am Ende.

Die *neue (Phantom-)Mittelschicht* steht nun ohne Absicherung da. Die Baubranche strich unmittelbar nach dem Crash ein Drittel ihrer Arbeitsplätze. Daran anschließend sank die allgemeine Konsumnachfrage rasch. In einer zweiten Welle wurden die Beschäftigten im Handel und in der Konsumgüterindustrie entlassen. Gehaltskürzungen und Entlassungen im öffentlichen Dienst bildeten die dritte Welle (Abb. 2).

Abb. 2: Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Land Madrid in Millionen



Die Privathaushalte traf das Ende des Immobilienzyklus mindestens ebenso schlimm wie die negativen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt vorher. 2008 waren sie mit durchschnittlich 140% ihres Jahreseinkommens verschuldet. Daran wird erneut deutlich, wie sehr in den Boomjahren lediglich die Halluzination einer Mittelschichtgesellschaft erzeugt wurde; sie stützte sich auf die *freiwillige* Verschuldung der Privathaushalte. Im Jahr 2008 zahlten viele Privathaushalte noch 40% ihres Einkommens für den Schuldendienst. Das war tragbar für die Familien, denn alle gingen davon aus, dass ihre Immobilien weiter an Wert zulegen würden und ihre Verschuldung zum Zweck des Haus- oder Wohnungskaufs angesichts des *Reichtumseffekts* deshalb sogar vernünftig sei.

Szenarien für die nahe Zukunft

In der aktuellen Krise hilft vor dem Hintergrund der neoliberal zugeschnittenen Gesellschaft selbst Bildung, das klassische Vehikel der Reproduktion der Mittelschicht, nicht mehr: 70% der Beschäftigten und sogar 56% der Arbeitslosen haben Universitätsabschlüsse oder mindestens eine abgeschlossene Sekundarbildung (Rodríguez et al. 2013: 157). Selbst Berufsgruppen, die scheinbar eine gute soziale Absicherung aufweisen, sind heute durch Unternehmenskonzentration, Deregulierung der Arbeitsmärkte und Outsourcing oft prekariert: Juristen, Mediziner, Lehrerinnen an Schulen und Hochschulen.

Seit 2008 hat sich die *Dualisierung der Stadtgesellschaft verschärft*. Das hängt damit zusammen, dass die *global class* einen guten Teil ihrer Geschäfte international abwickelt und damit (noch) nicht in gleichem Maße von der lokalen und nationalen Krise betroffen ist. Die prekären Beschäftigungen im niederen Dienstleistungssektor hingegen wurden gestrichen, die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Die spezifische Ausprägung der Finanzkrise hat in Madrid besondere Auswirkungen auf die Stadtgesellschaft, nämlich eine weiterhin

scharf dualisierende: Rodríguez et al. prognostizieren für Madrid angesichts des beschriebenen Szenarios eine *soziale Implosion* und das Entstehen neuer städtischer Peripherien.

Gleichwohl scheint Madrid im nationalen Vergleich von der Krise relativ wenig(er) betroffen zu sein. Die Stadt verlor 250 000 Arbeitsplätze, doch die Arbeitslosenrate war mit circa 18 % (Dezember 2014) im landesweiten Vergleich noch vergleichsweise niedrig. Der Arbeitsplatzverlust spielte sich größtenteils im Industriesektor (–20 %) und im Baugewerbe ab (–30 %) (Zahlen für 2009–2013), während die gehobenen Dienstleistungen der globalen Stadt bis dato weitgehend erhalten blieben (Rodríguez et al. 2013: 133).

Doch die soziale Polarisierung schreitet voran: Von den 3 Millionen Madridern, die Ende 2009 noch Arbeit hatten, verdiente etwas weniger als die Hälfte (1,4 Millionen) nicht mehr als 1200 Euro monatlich (17 400 Euro im Jahr), ein Viertel der Beschäftigten lebt vom branchenübergreifenden Mindestlohn von weniger als 650 Euro. Dem stehen 4,5 % der Beschäftigten (absolut: 130 000) gegenüber, deren Jahresgehalt über 65 000 Euro liegt. 65 000 Gutverdienende mit über 100 000 Euro Einkommen pro Jahr verdienen zusammengenommen mehr als die eine Million Menschen mit den niedrigsten Einkommen. Die 540 Chefs der meist in Madrid ansässigen IBEX 35-Unternehmen erhielten 2009 Bezüge in Höhe von 625 Mio. Euro. Das entspricht dem Lohn von 400 000 Beschäftigten mit geringen Gehältern (alle Daten nach Rodríguez et al. 2013: 137, 138, und dem Bericht EPA – Encuesta de Población Activa des Instituto Nacional de Estadística).

Die Mittelschicht verorten Rodríguez et al. (2013) nominell in einem Einkommensbereich, der zwischen dem Zwei- und Fünffachen über dem branchenübergreifenden Mindestlohn liegt; das sind Bruttojahreslöhne von 17 470 bis 43 680 Euro. Sie umfasste 2013 40 % der Beschäftigten Madrids, also 1,1 Millionen Menschen. Die Autoren heben den hohen Anteil an Menschen mit einem Monatsverdienst von maximal 1000 Euro hervor, den drei sich teilweise stark überschneidende Personenkreise bilden: Frauen, Menschen unter 40 Jahren und Migranten. 2013 war mehr als die Hälfte der über 500 000 Arbeitslosen länger als ein Jahr arbeitslos, über ein Drittel davon länger als zwei Jahre.

Die Krise kann in Madrid eine neue sozialräumliche Peripherie herausbilden. Das Globale Madrid, entstanden in den Boomjahren, konzentriert die in der Krisensituation deutlich sichtbaren *Kollateralschäden* des neoliberalen Projekts in «unkontrollierbaren und chaotisch konstruierten» Peripherien, die die Stadtgeschichte bereits aus den Krisen der 1980er Jahre kennt. Dabei geht es um die Vororte im Südosten, ehemalige Arbeitergebiete, die nun erneut von der Stadtregierung ausgegrenzt und vernachlässigt werden. Die Kürzungen im Bereich der öffentlichen Bildung treffen die Bevölkerung hier härter als anderswo (vgl. oben, Abb.1).

Junge Menschen und Migranten sind von den Besonderheiten der Krise in Madrid besonders betroffen, da sie die letzten Gruppen waren, die – in Ermangelung eines Mietwohnungsmarkts – am Immobilienzyklus mit dem Kauf einer Wohnung auf Hypothekbasis teilgenommen haben. Sie haben die höchsten Preise bezahlt, sich am höchsten und zum spätesten Zeitpunkt verschuldet und waren aufgrund der erwähnten Diskriminierungen am Arbeitsmarkt die ersten, denen gekündigt wurde bzw. deren befristete Verträge nicht verlängert wurden. Diese Zusammenhänge erklären leicht die hohe Zahl an jungen Auswanderern seit 2009, auf die bereits hingewiesen wurde.

Der Immobilienzyklus wirkte zeitweilig als Mittel des Zusammenhalts der Mittelschicht. Dieser Zusammenhalt verkehrt sich mit dem Ende des Zyklus ins Gegenteil. Am deutlichsten wird dies an den *Zwangsräumungen*. Die Betroffenen werden auf einen Schlag von der Gesellschaft der Besitzenden ausgeschlossen. Gleichzeitig werden sie absehbar arbeitslos oder prekär bzw. gering beschäftigt bleiben, was ihre Position am unteren Ende der Madrider Ökonomie festschreibt. Die Austeritätspolitik der EU, des Zentralstaats, des Landes und der Stadtregierung haben weiter dazu beigetragen, den Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Renten und Sozialleistungen, aber auch zu minimalen öffentlichen Diensten zu erschweren. Als Beleg sei die Entwicklung der öffentlichen Stellenausschreibungen angeführt: Im Jahr 2009 schrieb das Land Madrid 10934 Stellen aus, 2010 keine einzige und 2011 645 (Rodríguez et al. 2013: 161).

Das Vertrauen in die kontinuierliche Wertsteigerung der eigenen, sehr oft hypothenfinanzierten Immobilie galt in Ermangelung einer politischen Alternative als Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Altersarmut und Krankheit (Heeg 2013: 7). Vor allem aber waren Immobilien das einzige, was an die kommenden Generationen, die absehbar in immer prekäreren Arbeitsverhältnissen leben wird, vererbt werden konnte. So trat die Wohnung an die Stelle der klassischen Sicherheiten einer Mittelschicht, die der spanische Staat nur kurz kennenlernte und ab den 1990er Jahren selber kontinuierlich abbaute: ein fester Arbeitsplatz, wachsende Einkommen und wohlfahrtsstaatliche Leistungen.

Zum sozialen Absturz kommen noch die Einschränkungen der öffentlichen Leistungen hinzu, die den Alltag erschweren: die Kürzung der Leistungen im öffentlichen Nahverkehr, etwa die Halbierung der Taktfrequenzen der Madrider Metro, die Verschlechterung der Qualität der öffentlichen Schulen durch größere Klassen oder die Nichteinstellung von Lehrpersonal, die Kürzungen im Gesundheitssektor.

In den ersten zwei Jahren der Krise regte sich wenig Widerstand gegen die Verarmungsprozesse und Kürzungen. Doch am 15. Mai 2011 formierte sich eine Bewegung, deren politische Folgen sich in den Wahlsiegen von 2015 zeigen. 2011 begann es mit der friedlichen Besetzung des hochsymbolischen Platzes Puerta del Sol in Madrid. Die Puerta del Sol war unter der zentralistischen Diktatur der Null-Kilometer-Punkt aller Straßen und ist als solcher noch im kollektiven Bewusstsein verankert. Zu Silvester schauen die meisten Spanier traditionell im Fernsehen auf die Puerta del Sol und wünschen sich zum Glockenschlag der dortigen Uhr Glück. In neoliberalen Jahren wurde der Umbau der Puerta del Sol zum Aushängeschild der «Marke Madrid» – nun ist er zu einem negativen Symbol für diese einseitig marktorientierte Stadtpolitik geworden. Auf diesem Platz wurden im Mai 2011 in Folge einer Demonstration basisdemokratische Praktiken erprobt und politische Alternativen erdacht. Die Forderungen mündeten in die Parolen: «Sie repräsentieren uns nicht!» und «Echte Demokratie jetzt!» Beide sind Ausdruck des Protestes gegen den neoliberalen Umgang der parlamentarischen Demokratie mit der Krise in Spanien. Als zusätzliche Antriebskraft für die neue Bewegung wirkten die zahlreichen Korruptionsskandale, die die beiden Parteien des «Bipartidismo», PP und PSOE, erfassten.

Als die Puerta del Sol nach knapp zwei Wochen Besetzung Anfang Juni 2011 polizeilich geräumt wurde, zog die Bewegung in die Stadtteile, vor allem des Zentrums, Südens und Südostens, und verankerte sich dort. Immer wieder kam es von dort aus zu Protes-

ten gegen Zwangsräumungen und Kürzungen, besonders im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Anfang 2014 gründete sich aus der Bewegung die Partei *Podemos* (Wir können!), die bei den Europawahlen desselben Jahres 8% der Stimmen erzielte. Sie fordert ein Ende der Austeritätspolitik. Der große Schritt, den die Wählerinnen und Wähler in Griechenland im Januar 2015 möglich gemacht haben und der sich im Mai desselben Jahres auch in Madrid bestätigte, besteht in dem Signal: Neoliberales Denken wird wieder *eine* Sichtweise unter anderen und ist kein unhinterfragbares Dogma mehr. Damit steigen die Chancen einer solidarischen Stadtentwicklung, denn die Alternativen sind nun nicht mehr *nur* in den sozialen Bewegungen verankert, sondern im repräsentativ-politischen System *wählbar*. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sie in der Stadtregierung federführend vertreten sein. «Die Angst hat die Seiten gewechselt», heißt es auf dem Blog *Madrilonia*, wo ein neuer *municipalismo* gefordert wird: Demokratie vor Ort neu gestalten. Der Wandel soll von unten beginnen, in den Städten.

Die Bewegung in Madrid heißt «Ganemos», zu deutsch: «Wir gewinnen» oder auch: «Lasst uns gewinnen!». Kandidiert hat hier am 24. Mai 2015 die Liste *Ahora Madrid*, eine Verbindung aus Ganemos, Podemos und anderen kleineren Akteuren. Aus dem von Madrid ausgehenden Aufbegehren der Peripherie gegen das harte Austeritätsdogma von Merkel und Schäuble ist eine Bewegung geworden, die sich auf die Stadt (*Ahora Madrid* = Madrid jetzt!) richtet. Der Wandel zu anderen, nicht von Austerität diktierten Politikmodellen beginnt mit dem Fokus auf den Municipalismus. Die kommenden Wochen und Monate werden für Madrid sehr spannend: Welche Spielräume können eröffnet werden, welche Szenarien ergeben sich daraus?

Fazit

Madrid ist als Hauptstadt des spanischen Staates von der Krise in besonderer Weise betroffen. Die Austeritätspolitik trifft bestimmte Bevölkerungsgruppen und Stadtteile deutlich stärker als andere. Den spezifischen Auswirkungen der Austerität auf diese Stadt hatte die Politik der «Spanish neocons» (Carmona et al. 2012) in den 1990er und 2000er Jahren den Boden bereitet. Die darauf folgenden drastischen Sparprogramme der 2011 wiedergewählten konservativen Stadt- und Regionalregierung wirkten wie eine Schocktherapie im Sinne Naomi Kleins: Die Duale Stadt verschärfte ihre Gegensätze, indem die ohnehin schutzloseren Teile der Bevölkerung verarmten. Die Austeritätspolitik hat für die Stadtgesellschaft keine grundlegend neuen Strukturen geschaffen, sondern bestehende Ungerechtigkeiten sozial und räumlich verschärft. Die Amplituden der Disparitätenentwicklungen schlagen bis zu Zwangsräumung und Selbstmord aus.

Sowohl Boom und Wachstumsmodell als auch Krise und Schrumpfungsmodell haben einen gemeinsamen ideellen Hintergrund: die Illusion des weit verbreiteten Mittelschichtenstatus. Diese Selbstwahrnehmung entstand im Immobilienzyklus der Vorkrisenzeit und stellte sich in der Krise als große Täuschung heraus.

Die Entstehung dieser Selbstwahrnehmung ist nur vor der besonderen historischen Entwicklung Spaniens und Madrids im 20. Jahrhundert zu verstehen. Ganz Spanien erlebt die Folgen der Krise durch in hunderttausendfache Zwangsräumungen, sechs Millionen Arbeitslose und rund 700 000 Auswanderungen. Der Wahlerfolg von *Ahora Mad-*

rid am 24. Mai 2015 schafft nun politische Spielräume, deren Entwicklung im Hinblick auf die diskursiven und ökonomischen Grenzen und Möglichkeiten mit Spannung beobachtet (und mitgestaltet) werden kann. Kann der Verzicht auf eine «Korrektur» der Austeritätspolitik überwunden werden?

Stefan Padberg vertritt derzeit die Professur für Allgemeine Geographie, Schwerpunkt Mensch/Umwelt/Forschung an der Bergischen Universität Wuppertal. Mit der Sozialgeographie Madrids ist er seit einem Studienaufenthalt 1992/93 an der Universidad Autónoma und durch viele folgende Reisen sowie kontinuierlichen Austausch mit den spanischen Kolleginnen und Kollegen vertraut.

Anmerkung

*Carmona et al. (2012: 200) zeigen wie Neoliberalismus und Neokonservatismus in diesem Sinne ineinandergreifen. Heeg (2013: 6) beschreibt mit dem Begriff der *Responsibilisierung*, wie dies mit dem Immobilienzyklus zusammenhängt.

Literatur

- Antón, Antonio (2008): Cambios de identidades laborales y de clase. In: Revista del Trabajo 63.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Carmona, Pablo, Beatriz García, Amudena Sánchez, Observatorio Metropolitano de Madrid (Hrsg.) (2012): Spanish Neocon. La revuelta neoconservadora en la derecha española. Madrid: Traficantes de sueños.
- Fellner, Anne, Norbert Gestring (1990): Zukünfte der Stadt. Oldenburg. In: Beiträge der Universität Oldenburg zur Stadt- und Regionalplanung 6.
- Fernández Durán, Ramón (1993): La explosión del desorden. La metrópoli como espacio de la crisis global. Madrid: Editorial Fundamentos.
- Fernández Durán, Ramón (2009): Der Tsunami der Verstädterung in Spanien und weltweit. Über seine Ursachen, seine verheerenden Auswirkungen und über die Notwendigkeit, sich auf das bevorstehende Platzen der Immobilienblase vorzubereiten. Barcelona: Virus Editorial.
- Foessa (Hrsg.) (2008): VI Informe sobre exclusión y desarrollo social en España. Abrufbar unter: www.foessa.org/quePensamos/nuestrasPrioridades/index.php?MzI%3D.
- González-Ferrer, Amparo (2013): La nueva emigración española. Lo que sabemos y lo que no. In: Zoom-Politico 18: 1–20.
- Heeg, Susanne (2013): Wohnen als Anlageform. Vom Gebrauchsgut zur Ware. In: Emanzipation 2: 5–20.
- Instituto Nacional de Estadística (2009–2012): EPA – Encuesta de Población Activa. Madrid.
- Klein, Naomi (2007): Die Schock-Strategie. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Krätke, Stefan (1990): Städte im Umbruch. Städtische Hierarchien und Prozesse gesellschaftlicher Restrukturierung. In: R. Borst et al. (Hrsg.): Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte. Basel, Boston, Berlin: VS-Verlag.
- López, Isidro, Emmanuel Rodríguez, Observatorio Metropolitano (2010): Fin de ciclo. Finanziarización, territorio y sociedad de propietarios en la onda larga del capitalismo hispano (1959–2010). Madrid: Traficantes de sueños.
- Observatorio Metropolitano de Madrid (Hrsg.) (2007): Madrid ¿La suma de todos? Globalización, territorio, desigualdad. Madrid: Traficantes de sueños.
- Observatorio Metropolitano de Madrid (Hrsg.) (2013): Paisajes devastados. Después del ciclo inmobiliario.

liario: impactos regionales y urbanos de la crisis. Madrid: Traficantes de sueños.

Rodríguez, Emmanuel, Beatriz García, Óscar Muñoz (2013): Del Madrid global a la crisis urbana. Hacia la implosión social. In: Observatorio Metropolitano (Hrsg.): Paisajes devastados. Madrid: Traficantes de sueños. S.123–178.

Sassen, Saskia (1997): Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle der Global Cities. Frankfurt a. M.: Campus.

Segura, Paco (2014): Infraestructuras de transporte, impacto territorial y crisis. In: Paisajes devastados. Madrid: Traficantes de sueños.

Internetquellen:

<http://www.caritas.es>

<http://www.madrilonia.org>

ANZEIGE

SoZ *Sozialistische Zeitung*

Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Regentenstr. 57–59 · 51063 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozone.de